

Die Presse in der Sowjetzone Deutschlands

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **32 (1952-1953)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-160091>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Presse in der Sowjetzone Deutschlands

Ausgehend von der Erkenntnis Lenins, daß die Presse die schärfste Waffe der Partei sei, haben die Machthaber in der Sowjetzone Deutschlands seit dem Jahre 1945 eine «Presse neuen Typus» geschaffen, ein Instrument der Diktatur, eine Presse, die nicht mehr Nachrichten vermittelt, sondern sich die Beeinflussung der Massen im Sinne der Parteiideologie zum Ziele setzt. In einer aufschlußreichen Studie im Oktoberheft der *«Deutschen Rundschau»* zeichnet Karl W. Fricke diese Entwicklung und die heutige Struktur der sowjetzonalen Tagespresse.

In einer ersten Phase wurde nach dem Zusammenbruch die Presse erst entnazifiziert und neu aufgebaut, und zwar unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung aller von der Militäradministration zugelassenen Parteien, wobei aber schon zu Beginn die bürgerliche Presse merklich benachteiligt wurde. Die Presse Ost-Berlins und der Sowjetzone umfaßte zu Ende dieser Phase rund 80 Tageszeitungen, mit einer täglichen Gesamtauflage von 8,5 Mio Exemplaren. In den Jahren 1947 bis 1949 erfolgte hierauf die Bolschewisierung der Presse, indem auf der einen Seite die Presseorgane bürgerlicher Richtung in der Zuteilung von Papierkontingenten benachteiligt wurden, auf der anderen das gesamte private Zeitungsverlagswesen liquidiert wurde. Sämtliche Zeitungen in der Sowjetzone sind heute ausnahmslos im Besitz politischer Parteien und Massenorganisationen, und annähernd 90% aller Zeitungsverlage befinden sich allein im Besitz der Sozialistischen Einheitspartei, oder werden von ihr treuhänderisch verwaltet. Die Knebelung des Zeitungsverlagswesens ist damit noch totaler als unter dem Hitler-Regime, denn noch im Jahre 1944 existierten in Deutschland 625 privateigene Zeitungen, mit einer Gesamtauflage von rund 4,4 Mio, oder 17,5% der damaligen Reichsauflage von 25,9 Mio Exemplaren. In der Sowjetzone und in Ost-Berlin erscheinen heute nur noch 33 Tageszeitungen, wovon allein 16 auf die SED und ihre Satelliten-Organisationen entfallen, die zudem durch Zwangsabonnements, im Vergleich zu den Organen anderer Parteien, riesengroße Auflagen haben. Durch ein lückenloses Kontroll- und Überwachungssystem ist praktisch jede politische Selbständigkeit der nichtkommunistischen Zeitungen ausgeschaltet worden.

Die gesamte Presse untersteht dem «Amt für Information» — in der Zone oft als «Amt für Inquisition» bezeichnet —, das im früheren Gebäude des «Reichspropaganda-Ministeriums» von Goebbels seinen Sitz hat. Hier wird für alle Zeitungen die jeweils aktuelle politische Linie bestimmt. Durch Briefe und Bulletins werden die Redaktionen auf «wichtige» Meldungen «aufmerksam» gemacht. Täglich müssen die Chefredaktoren Ost-Berlins zur Presse-Konferenz antreten, und in größeren Zeitabständen finden zudem Konferenzen für die Chefredaktoren aller Sowjetzonen-Zeitungen statt, in denen die sogenannten «Schwerpunktfragen» besprochen und Richtlinien für alle «Redaktionspläne» erteilt werden. Hauptwaffe im Kampf gegen jegliche Pressefreiheit bildet die obligatorische Nachrichtenquelle für alle Zeitungen der Zone, der «Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst» (ADN). Die Veröffentlichung von Nachrichten anderer Agenturen ist strikte verboten. Außenpolitische Meldungen dürfen ausschließlich von dem sowjetischen Nachrichtenbüro TASS und von den Nachrichtenbüros der «Volksdemokratien» übernommen werden. Jede Nachricht des ADN stellt eine völlige Vermischung von nachrichtenmäßigen und meinungsbildenden Elementen dar. Die bloße Nachrichtenvermittlung wird so zum Instrument der politischen Beeinflussung.

Die «zentralen Konferenzen der Parteipresse» vom Februar 1950 und vom März 1951 in Ost-Berlin zeigten, daß die Machthaber mit den erreichten Resultaten noch nicht zufrieden sind. Es wurde bestimmt, daß jede Redaktion einen eigenen Plan haben müsse, in dem genau festgelegt ist, welche grundlegenden

Fragen der Politik der Partei zu behandeln sind. Der «bürgerliche Sensations-Journalismus» und die «Anfälligkeit für die Propaganda des Kosmopolitismus» usw. wurden selbstkritisch verdammt. Die Presse soll zum kollektiven Propagandisten, Agitator und Organisator werden. Der Mangel an geeignetem Nachwuchs wurde gerügt, ebenso die ungenügende Entwicklung der Volkskorrespondenten, die nichts anderes darstellen als Spitzel und Denunzianten.

Diesem trostlos düsteren Bild der Presse in der Sowjetzone mag die Behauptung des Pressechefs des Amtes für Information, Albert Norden, gegenübergestellt sein: «Der Journalist unserer Republik hat zum ersten Male in der Geschichte des deutschen Journalismus die Chance, in Freiheit zu schaffen...».

Zur Illustration dieser Ausführungen folgen eine Anzahl Presseäußerungen aus jüngster Zeit.

Thema: DDR

«*Tägliche Rundschau*» (Organ der Sowjetischen Kontrollkommission, SKK, Auflage 110 000), 5. November 1952: «Bekämpft die volksfeindliche Hetze gegen die Sowjetunion, indem ihr auf Plakaten an euren Fenstern erklärt: ‚Als Freund der Sowjetunion höre ich den amerikanischen Rias nicht, weil er zum Kriege hetzt! Ich will keine Ruinen, sondern wünsche schöne Wohnhäuser wie in der Stalinallee in Berlin! Deshalb bin ich ein Freund der Sowjetunion‘».

«*Neues Deutschland*» (Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, SED, Auflage 180 000), 5. November 1952: «Als der Krieg 1945 mit dem Sieg der Sowjetunion über den Faschismus zu Ende ging, stand das deutsche Volk der historischen Bedeutung dieser Entwicklung vorerst verständnislos gegenüber. Es vermochte nicht sogleich zu begreifen, welche Perspektiven ihm seine Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetarmee eröffnete. Das wurde jedoch bald anders... Unsere Werktätigen haben erkannt, daß die Sowjetunion das fortschrittlichste Land der Welt, die Verkörperung des Fortschritts schlechthin ist».

«*Freie Presse*» (Organ der oppositionellen Sozialdemokraten — Sozialistische Aktion, SDA, Berlin), 2. November 1952: «Die Waffe in der Hand der Monopolherren und ihrer Söldlinge heißt Völkermord — die Waffe in der Hand von Friedenskämpfern und Antifaschisten heißt Völkerschutz».

«*Forum*» (Organ des Zentralrats der FDJ für die deutschen Studenten), 1. November 1952: «Die Grundeinheit Deutsche Grenzpolizei, Großlienicke, verpflichtet sich, Kameraden zur Verfügung zu stellen, die den Freunden der Pädagogischen Hochschule bei der Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft helfen. Sie unterstützen die Freunde der Pädagogischen Hochschule in der Arbeit der Gesellschaft für Sport und Technik, in der Waffen-, Karten- und Kompaßkunde. Die Freunde der Pädagogischen Hochschule verpflichten sich, gute Propagandisten des Marxismus-Leninismus den Freunden der Grenzpolizei je nach Bedarf zur Verfügung zu stellen, weiterhin Freunde, die über die Probleme der deutschen Geschichte, wie Bauernkrieg 1525, Befreiungskriege 1813—1815 usw., sprechen».

«*Tribüne*» (Organ des Bundesvorstandes des FDGB, Auflage 200 000), 5. November 1952: «Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften besteht in der unermüdlichen Hilfe, Schulung, Mobilisierung und Organisation der Erbauer des Sozialismus, unserer Arbeiter, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler, in der Heranziehung der breiten Masse der Werktätigen an den Aufbau der sozialistischen Produktion. Die Grundbedingung aller Erfolge ist das unermüdliche Lernen von der Sowjetunion».

Thema: Deutsche Bundesrepublik

«*Der Morgen*» (Zentralorgan der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, LDP, Auflage 63 000), 5. November 1952: «Die ständige Belastung des Westberliners mit immer neuen Steuern und Opfern, die ansteigenden Preise, das Elend der Arbeitslosen und Kleinrentner — all dies hat der Westberliner satt. Er rechnet sich an seinen zehn Fingern aus, daß die Westberliner Industrie vollbeschäftigt sein könnte und jeder Werktätige in Arbeit und Brot wäre, wenn die Reuter-Koalition sich nicht mit Haut und Haaren den Kriegsverträgen Adenauers, der Verewigung der Spaltung Deutschlands und Berlins, sowie dem ganzen von Amerika aufgezungenen Kurs verschrieben hätte».

«*Friedenspost*» (Organ der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft), 1. Novemberheft 1952: «Alle Welt weiß, daß Adenauer mit amerikanischen Millionären verschwägert ist; jedermann weiß, daß er in Deutschland die Interessen der amerikanischen und deutschen Millionäre verfißt — so gut es ihm eben gelingt. —; bekannt ist auch, daß er sich — eben im Interesse dieser Millionäre — bemüht, das deutsche Volk nach Strich und Faden zu belügen, um es in einen neuen Krieg hineinziehen zu können. . . Je stärker Adenauer und sein Anhang isoliert werden, desto wilder und zügelloser wird der Terror gegen alle Bestrebungen deutscher Patrioten, eine Verständigung zwischen den Menschen Ost- und Westdeutschlands herbeizuführen. Adenauer weiß, daß seine Tage gezählt sind, wenn sich Menschen aus allen Bevölkerungskreisen Ost- und Westdeutschlands die Hand reichen. In sinnloser Angst vor diesem Tag versucht er, jeden derartigen Versuch zu unterdrücken und zu verbieten».

Thema: UdSSR

«*Neue Zeit*» (Tageszeitung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Auflage 44 000), 5. November 1952: «Zu keiner Zeit verließ die Sowjetunion die Grundlagen der Abkommen von Teheran, Jalta und Potsdam. Es sind die imperialistischen Westmächte, die diese internationalen Abmachungen — unter die ihre eigenen Staatsoberhäupter ihre Namenszüge setzten — in den Staub treten. . .».

«*Bauern-Echo*» (Organ der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, DBP, Auflage 40 000), 5. November 1952: «So zeigt die Erfüllung der Pläne in der Sowjetunion, was besonders auf dem XIX. Parteitag der KPdSU zum Ausdruck kam, in der Deutschen Demokratischen Republik und in den anderen Ländern des großen Friedenslagers die klare Überlegenheit ihrer Wirtschaft gegenüber des von Krisen geschüttelten Kriegslagers» (sic).

Thema: USA und UN

«*Tägliche Rundschau*» (SKK, Auflage 110 000), 5. November 1952: «Die Rede Wyschinskijs, in der die verbrecherische Koreapolitik des State Department angeprangert wurde, hat das amerikanische Konzept für die UN-Tagung verdorben. . . Wie die Idee des Friedens, der Kampf für den Frieden, der Kampf gegen neue Kriege die Grundlage der Politik der Sowjetregierung ist, so hat A. J. Wyschinskij, diesem Grundsatz getreu, das Recht des koreanischen Volkes vor den Vereinten Nationen verteidigt. Er hat den neuen Plan der Imperialisten vereitelt, vor den Vereinten Nationen neue unumschränkte Vollmachten für den amerikanischen Krieg unter der Flagge der UN zu erschleichen. Den Weg, den die Vereinten Nationen jetzt beschreiten müssen, hat die Sowjetunion erneut gewiesen».

«Freie Presse» (SDA, Berlin), 2. November 1952: «Die Interessen der Regierung der USA werden klar aus dem Generalvertrag, nämlich: Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands bis zum amerikanischen Krieg, unbegrenzte Besetzung Westdeutschlands durch amerikanische und andere ausländische Truppen, Rekrutierung eines deutschen Söldnerheeres unter amerikanischer Oberherrschaft, eine deutsche Regierung ohne Souveränitätsrecht, dagegen das Recht für die Amerikaner, weiterhin und in verschärftem Maße in innerdeutsche Angelegenheiten eingreifen zu können».

DAS WIRTSCHAFTLICHE MITBESTIMMUNGSRECHT IN DER BUNDES- REPUBLIK DEUTSCHLAND

VON CARLO MÖTTELI

Die Ideologie der Wirtschaftsdemokratie

Der vor kurzem gestorbene Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kurt Schumacher, hat einmal die politische Marschroute dahingehend umschrieben, es gelte heute, dem Osten zu zeigen, daß die deutschen Sozialdemokraten Demokraten seien, gleichzeitig aber auch dem Westen begreiflich zu machen, daß die deutschen Sozialdemokraten Sozialisten seien. In dieser doppelten Frontstellung spiegelt sich offensichtlich die Ansicht wider, daß auch aus der Asche des nationalsozialistischen Regimes ein neues Deutschland hervorgehen müsse, das weder den Kapitalismus noch den Kommunismus zum Vorbild nehmen könne. Es kann nicht überraschen, daß in dieser vermeintlichen Zwangslage auch den deutschen Sozialdemokraten Lord Keynes als der Retter in der Not erschien. Aber nicht die Symbiose zwischen der Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft ist für die von Sozialisten und Gewerkschaftern bereits in den Kriegsjahren konzipierte «Wirtschaftsdemokratie» charakteristisch. Neu und originell ist vielmehr das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, das hier erstmals sowohl auf überbetrieblicher als auch auf betrieblicher Ebene als eine unabdingbare sozialistisch-gewerkschaftliche Forderung auftritt.

Schon allein dieses grundlegend neue Postulat einer Sozialdemokratischen Partei, die auf ihre europäischen Schwesterparteien in der